

Die „Vorzeit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Einzelpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei sonstiger Zustellung monatlich 4.50 M., bei Zustellung unter Streifenhand für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Inserate sollen bis achtzehn Uhr am Vortage oder deren Raum 1.20 Uhr, Wochensagen das letztendliche Wort 20 Uhr, jedes weitere Wort 25 Pf. Einrückungsschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Vernehmungsanzeigen (M) der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 12 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9765

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Schutz vor den baltischen Landstreichern

Ein Hilferuf.

Die Verwaltung der Provinz Ostpreußen hat, wie die „Neue Berliner Zeitung“ mitteilt, an den Reichspräsidenten, den Reichsaussenminister und den Reichswehrminister Telegramme gerichtet, in denen um Schutz gegen die aus dem Baltikum zurückkehrenden Truppen gebeten wird.

Diese Meldung bedarf noch der Bestätigung. In Ostpreußen regiert Herr August Winnig, Reichskommissar, Staatskommissar, Oberpräsident und Träger aller sonstigen Würden, die die Republik zu vergeben hat. Herr Winnig ist an erster Stelle mitverantwortlich für die Vorgänge im Baltikum, er trägt also an der Schuld mit, daß die baltischen Truppen jetzt wie Räuberbanden nach Deutschland zurückkehren und deutsche Gebiete bedrohen. Deswegen erscheint es mindestens als ein Widerspruch, daß Herr Winnig an dem Hilferuf der ostpreussischen Verwaltung beteiligt ist. Hat aber die Verwaltung ohne seine Mitwirkung den Hilferuf abgegeben, so bedeutet das ein Nichtvertrauen in Herrn Winnig. Daß die von ihm betriebene Politik genau so Bankrott erlitten hat, wie die gleichgerichtete Politik seines Befinnungsgenossen Brüning in Oberschlesien.

Eine Drohung.

In der reaktionären Presse veröffentlicht der Oberleutnant a. D. Graf von der Goltz eine Erklärung zu der baltischen Frage. Es heißt darin:

Die Behauptung, daß die Truppe von der Reichsregierung seit Juli lediglich und stets nur zur Rückkehr in die Heimat aufbehalten worden sei, ist unrichtig. Diese Feststellung mag vorläufig genügen. Verschwindet jedoch nicht aus der Reichsregierung nachstehenden Presse die unerhörte von früher bekannte Behauptung, daß die Truppen von ihren Offizieren, die hauptsächlich nicht alles opfernd „beraubt“ worden wären, so mag die Reichsregierung sich nicht wundern, wenn alle weiteren Rücksichten schwinden.

Die Regierung darf zu dieser Drohung nicht schweigen. Sie besagt, daß die Cessantität von der deutschen Regierung über die baltische Frage fortwährend irreführend worden ist. Aber auch von dem Herrn von der Goltz muß erwartet werden, daß er nicht nur Andeutungen macht, sondern kundgibt, was er noch zu sagen hat.

Waffenstillstand mit den Esten.

T. U. Tüft, 26. November.

Die „Ritter Zeitung“ meldet: Mit den Esten ist ein 24stündiger Waffenstillstand abgeschlossen worden. Die Esten haben die Eisenbahnstrecke freigegeben. Französische Offiziere von der internationalen Baltikumkommission besetzen sich auf das Geschehenfeld, um von den Litauern unter Einwirkung des eigenen Lebens die Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen. Tauroggen ist vom Weizen geräumt worden.

Die Blockade Sowjet-Rußlands.

London, 25. November. (Reuters.)

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes teilte im Unterhaus in einer schriftlichen Erklärung den wesentlichen Inhalt der Antworten der neutralen Regierungen auf die Note des Obersten Rates betreffend die Blockade Sowjet-Rußlands mit. In den Antworten wird im allgemeinen gesagt, daß die von den neutralen Ländern bereits ergriffenen Maßnahmen sich mit den vom Obersten Rat ausgesprochenen Wünschen in Übereinstimmung befinden. Die Niederländische Regierung erklärt, sie stehe in keiner Beziehung zu Sowjetrußland, und der tägliche Handel mit diesem Lande sei eingestellt worden.

Die Verhandlungen in Kopenhagen.

Kopenhagen, 25. November.

Über die Verhandlungen in Kopenhagen zwischen Schweden und Sowjet-Rußland wurde heute Abend folgendes

von James O'Grady und Litwinoff unterzeichnetes Communiqué ausgesandt: Die Kommission hielt heute eine Sitzung ab, zwecks Erörterung einer Auswechslung von Gefangenen und Heimsendung von Zivilisten. Die Sitzung wurde von einer vorläufigen Generaldebatte über die auf der Tagesordnung stehenden Fragen ausgefüllt.

Französische Unruhe.

Paris, 25. November.

Der „Temps“ berichtet mit einiger Unruhe die Zusammenkunft Litwinoffs, des früheren Bolschewik-Sekretärs in London mit dem englischen Parlamentarier O'Grady, welche sich nicht allein auf die Frage der Kriegsgefangenen beschränkt. Der „Temps“ glaubt, daß die Besprechungen von entscheidender Bedeutung für die beiden Randstaaten sein werden.

Demission der nichtgewählten französischen Kabinettsmitglieder.

Paris, 25. November. (Havas.)

In der heutigen Sitzung des Ministerrates haben die bei den Kammerwahlen nicht mehr gewählten Minister und Unterstaatssekretäre Clemenceau ihre Demission überreicht.

Die Arbeiten des Obersten Rates.

Paris, 26. November.

In seiner gestrigen Sitzung fehlte der Oberste Rat den Wortlaut eines Schreibens an die deutsche Delegation, der sich auf die in Schleswig zu entlassenden Soldaten bezieht. In dem Schreiben wird gesagt, daß in Schleswig nur diejenigen Soldaten entlassen werden dürfen, die ursprünglich aus dieser Gegend stammen. — Der Rat beschloß ferner, daß die Unterhandlungen zwischen Polen und Dänzig, die sich auf technische Fragen beziehen, nicht länger als zwei Monate dauern dürfen.

Eine Erklärung des Obersten Rates ermöglicht es den Serben, den Vertrag von St. Germain und gleichzeitig die finanziellen Abmachungen und die Regelung bezüglich des Schutzes der Minderheiten zu unterzeichnen. Er beschloß außerdem, den rumänischen Delegierten Gelegenheit zu geben, innerhalb von 8 Tagen das Abkommen mit Bulgarien und den Friedensvertrag von St. Germain zu unterzeichnen.

Generalstreiksbewegung in Spanien.

H. N. Madrid, 26. November.

Am 24. November begann hier der Generalstreik der Bäcker. Es kam verschiedentlich zu Kundgebungen. Die Regierung griff ein und übernahm teilweise die Verwaltung der Bäckereien und bewilligte sämtliche Forderungen, die die Bäckermeister zum größten Teil nicht annehmen wollten. Die Behörden sind fest entschlossen, im Notfall die Bäckereien selbst weiterzuführen.

Über Saragossa wurde der Belagerungszustand verhängt, weil die Gewerkschaften hier den Generalstreik proklamierten. Sämtliche Läden, mit Ausnahme der Apotheken, sind geschlossen. Im Zusammenhang mit ersten Zwischenfällen wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

Diese Meldungen stehen im Zusammenhang mit den bereits gemeldeten Schwierigkeiten in der Brot- und Mehlversorgung Spaniens. Auch die starken Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, die jetzt in Spanien vielfach zu lokalen Kämpfen geführt haben, scheinen hier mitzuspielen.

Ein Mordprozeß gegen ungarische Kommunisten.

Am Dienstag begann vor dem Strafgerichtshof in Ofen ein Mordprozeß gegen 22 Kommunisten. Die Angeklagten werden beschuldigt, zur Zeit der ungarischen Republik als Mitglieder einer Terrortruppe den Staatssekretär Polon, den Feldmarschall-Lieutenant Ferris, ferner einen Professor Berend und einen Redigierender Madorf ermordet zu haben. Unter den Angeklagten befinden sich ehemalige Offiziere, Studenten, ferner auch russische Gefangene. Die Verhandlung, zu der 108 Zeugen geladen sind, dürfte 2 Wochen dauern.

Agrarische Forderungen.

Die Krise, in der sich die Zwangswirtschaft seit Monaten befindet, ist durch den neuesten Vorstoß der Agrarier aufs neue verschärft worden. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft dem sämtliche landwirtschaftlichen Organisationen von Bedeutung angehören, hat an das Reichswirtschaftsministerium eine Kundgebung gerichtet, die die Unterfütterung aller Landwirtschaftskammern gefordert hat.

Die Kundgebung verlangt die sofortige, fast restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft. An ihre Stelle soll die Vierung auf Grund der „tatsächlichen Lieferfähigkeit“ treten. Die öffentliche Verwirklichung soll sich nur noch auf Brotgetreide und auf die Sicherstellung von Milch und Milchzeugnissen für Kinder und Kranke erstrecken. Die Verwirklichung von Fleisch soll sofort aufgehoben werden, ebenso die von Getreide. Für Zucker wird die Aufhebung für das nächste Erntejahr verlangt. Die Sicherstellung der für die Ernährung der Bevölkerung nötigen Mengen Brotgetreide soll durch Gewährung von Prämien erzielt werden, nachdem größere Mengen als bisher zum Eigenbedarf der Landwirte und ihrer Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt worden sind.

Diese weitgehenden Forderungen, denen die Landwirte den Charakter eines Ultimatums gegeben haben, werden von dem diesseitigen Hinweis begleitet, die Regierung müsse sich darüber klar sein, daß bei der jetzigen Lage eine befriedigende Lösung der Ernährungsfrage nur im einmütigen Zusammenwirken zwischen Behörden und Landwirtschaft erreicht werden kann. Mit anderen Worten, nur wenn die Regierung die Forderungen der Landwirtschaft bewilligt, wird sie ihre Erzeugnisse abliefern. Deshalb die Drohung: jede Verantwortung für das Scheitern unserer Volksernährung und jede Mitwirkung bei der Durchföhrung der jetzigen Maßnahmen abzulehnen.

Diese offene Kampfansage der Agrarier kommt nicht überraschend. Sie fühlen sich jetzt stark genug, einen entscheidenden Kampf für ihre Forderungen zu führen. Die Kundgebung verneinte es zwar, offen auszusprechen, daß die materiellen Motive der einzige Grund der Forderung nach Beseitigung der Zwangswirtschaft ist, aber vergeblich wird man in der Begründung nach einem anderen stichhaltigen Grunde suchen.

Gleichstellung der inländischen Preise mit den Weltmarktpreisen, das ist das Ziel der Landwirte, ein Ziel, das sie ohne Rücksicht auf die schweren Schädigungen, die seine Durchführung den Interessen der Allgemeinheit bereiten würde, mit allen ihren Machtmitteln durchzusetzen trachten. Sie wollen aber nicht nur Gleichstellung der inländischen mit den nominalen Weltmarktpreisen, sondern auch die volle Ausnutzung der durch den unzulänglichen Stand der deutschen Baluta geschaffenen Entwertung der deutschen Zahlungsmittel. Mit vollem Recht betont gegenüber diesen gefährlichen Absichten die Eingabe des Vorstandes des Deutschen Städtebundes, daß die volle Ausnutzung des niedrigen Standes der deutschen Währung durch die Landwirte die Folge haben würde, daß eine ausgelagerte überfüllte städtische Bevölkerung einer im Uebermaß bedachten Landwirtschaft gegenüberstehen würde. Das, aber sei ein Zustand, der dem ganzen Lande zum Unheil gereichen müsse.

Trotz der Entwertung des Geldes und der dadurch herbeigeföhrten Erschwerung jeder Einfuhr ist in der Eingabe der Landwirte von einer Absicht zur Erleichterung der inländischen landwirtschaftlichen Erzeugung keine Rede. Im Gegenteil, die Kundgebung erhebt die Forderung, daß die Ablieferung der Landwirte nicht wie bisher durch Schöpfung unparteiischer Organe, sondern durch örtliche oder Kreisorgane, d. h. durch die Interessenten selber geschehe und daß der Selbstbetrag der Erzeugung aus dem Ausland zu bestehen sei. Mit einer Kundgebung dessen sich also die Agrarier über die schwierigste Frage hinweg, nur weil die Einfuhr zu den Weltmarktpreisen bei dem jetzigen Stande der Baluta ihre Absichten auf die ungeheuerlichste Preistreiberweise wesentlich erleichtern würde.

Offen lassen die Agrarier erkennen, daß sie, solange ihre weitgehenden Forderungen nicht erfüllt sind, weder die Erzeugung steigern, noch ihre Ablieferungspläne erfüllen werden. Sie erklären, daß nach Ablauf der Preistreiberprämie die Getreideablieferung fast völlig stocken werde.

Dinterpommersche Geheimschlächter werden wügend.

Das Reichernährungsministerium hat Kommissionen eingesetzt, die auf den Schleichhandel achten sollen und vor allem ihr Augenmerk auf das Land richten, um die Erzeuger zur Übergabe ihrer Erzeugnisse zu veranlassen und Schleichungen zu hintertreiben.

Landberg a. W., 12. November. (Bauern-Revolte). Ein behauerlicher Vorfall hat sich in der vergangenen Woche in Magdalen, Landkreis Landberg a. W., zugetragen. Dort war eine Geheimfächteraktion entzündet und das Fleisch beschlagnahmt worden.

Als weil die Lebensmittelkontrolleure ihre Pflicht taten, wurden sie unheimlich gemißhandelt. Bezeichnend ist, daß auf die stehenden Kommissionsmitglieder geschossen wurde. Die Bauern sind demnach bewaffnet und schießen auf die von den Behörden eingesetzten Kontrollorgane.

Sozialer Hilfsbund für Berliner Prostituierte.

In einer von etwa 100 Prostituierten besuchten Versammlung am Montagabend beschloßen anwesende Prostituierte, sich zu einer Organisation, dem Sozialen Hilfsbund für Berliner Prostituierte, zusammenzuschließen.

Schriftlicher Vöge behandelte in einem längeren Referat die sozial-rechtliche Seite der Prostitution. Trefflich kritisierte er die „doppelte Moral“, die nur „gefällige“ Mädchen kennt, aber keine gefälligen Männer.

Seine für die Prostituierten fordernde er, sich nicht zu Erlaubnisse entarteter Männer herabzulassen, nur durch Wahrung ihrer weiblichen Würde könnten sie an Selbstachtung gewinnen. In Handlungern und Mitschuldigen von Geheuchelbetreibern und Polizei sollten härteren die Prostituierten sich nicht begeben.

Seine für die Prostituierten fordernde er, sich nicht zu Erlaubnisse entarteter Männer herabzulassen, nur durch Wahrung ihrer weiblichen Würde könnten sie an Selbstachtung gewinnen. In Handlungern und Mitschuldigen von Geheuchelbetreibern und Polizei sollten härteren die Prostituierten sich nicht begeben.

Die Kommission, die zur Untersuchung der Verhältnisse der „Gesellschaft für Frauenangelegenheiten“ in der letzten Prostitutionerversammlung gewählt worden war, hat die Arbeit gepuht und erklärt, daß in der Durchführung und Art der Verwendung der eingesetzten Mittel im großen und ganzen irgendwelche Beanstandungen nicht gemacht wurden und insbesondere Unregelmäßigkeiten nicht vorgekommen sind.

Eine Abwehr.

Vom Betriebsrat der Militär-Eisenbahn wird uns geschrieben: „An der bürgerlichen Presse vom 17. und 18. November wurden wieder einmal Klatschereien der Reichsgruppen der Eisenbahnarbeitern in die Schuhe geschoben.“

Die erhöhten Fahrpreise auf der Straßenerbahn. Von der Großen Berliner Straßenbahn und der Spandauer Straßenbahn geht uns die Mitteilung zu, daß vom 24. November ab auf den Linien N, P und R nachfolgende Fahrpreise gelten: Kupferarbeiten, Neufölln-Spandau, Trieststraße 25 Pf., Bahnhof Tierparken, Neufölln-Garten-Spandau, Trieststraße 30 Pf., Kupferarbeiten, Neufölln-Spandauer Bod 20 Pf., Spandauer Bod-Spandau, Trieststraße 25 Pf.

Großer Andrang herrscht bei den Amtsgerichten, bei denen zahlreiche Männer und Frauen ihren Austritt aus der Landesfische bewirken wollen. Vom Amtsgericht Berlin-Mitte in der Reichen Friedr.straße wird uns mitgeteilt, daß dort 200 Nummern ausgegeben werden, wer kommt nach Ausgabe dieser Nummernzahl, wird nicht abgelehnt.

Rückverstellung des Müllungsausschusses. Eine Mitteilung von Wäcker für Ruder, Jugendliche und Erwachsene sowie von Zierlein aller Art für Ruder findet für die Bezirke 3-5 von Freitag, 28. 11. bis Mittwoch, 3. 12. in der Aula Gräberstraße 28/29 statt. Besuchszeit 4-8 Uhr und am Sonntag von 2-7 Uhr.

Ausdruck, bis Amerika nach erfolgter Ratifizierung einen eigenen Vertreter ernannt. Die Arbeitgeber wählen ihre Vertreter aus England, Frankreich, Italien, Belgien, der Tschecho-Slowakei und der Schweiz. Der Schweizer Vertreter bleibt ebenfalls nur solange im Ausdruck, bis Amerika das endgültige Mitglied bestimmt.

In die deutsche Regierung wurde sofort drahtlos das Eruchen gerichtet, die Namen ihrer Vertreter für das Bureau zu ernennen.

Gefangenheimkehr. Am 31. November mittags ist in Brunsdittelflag der dritte Heimkehrertransport aus Ägypten eingetroffen. Er brachte 1571 Militärpersonen und 118 Zivilisierern mit. Der Dampfer Pylos, der den Rest der Gefangenen in Ägypten nach der Heimat befördert, ist dem Vernehmen nach am 17. November von Alexandria abgefahren.

Freilassung verhafteter Arbeiter. Am 24. September hatte man zwei Mitglieder des Arbeiterrates zu Cönnern im Saalkreis, unsere Genossen Peter und Eber, aus dem Gefängnis befreit, auf Anfordern des Bürgermeisters, dem es nicht gelang, daß der Arbeiterrat sich gegen die Verhaftung des Bürgermeisters wehrte. Vor einigen Tagen mußten nunmehr zum großen Leidwesen verhafteter Arbeiter unsere Genossen aus telephonischer Anweisung der Oberstaatsanwaltschaft Romsburg der neu-deutschen „Freiheit“ wiedergegeben werden.

Verbilligung der Kohle in England. Der Preis von Hausbrandkohle wird ab 1. Dezember um 10 Schilling pro Tonne herabgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Generalversammlung der Buchbinder.

In der Generalversammlung der Buchbinder Verein des Deutschen Buchbinderverbandes am Montagabend gab Gen. Kasper einen kurzen Bericht über das 3. Quartal. Wegen der Unternehmung sei im Interesse einer besseren Entlohnung in einzelnen Branchen eine Art Kleinstlohn gefordert worden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kritisierte er den „Graphischen Block“ und die Frage der anderen Industrieverbände, deren Durchführung die Vertiefung der Arbeiterfrage vom Lohnsystem bringe und dem Proletariat durch das Rätselhaftem die Stellung im Staate verschaffe, die ihm gebühre.

In der Diskussion verlangte der Rechtssozialist Braunsdort durch einen Antrag die Unterbindung jeder Aktion für den „Graphischen Block“. Die Versammlung quittierte mit überwiegender Mehrheit. Weiter verlangte er, daß bei Wahlen die Wahlbureau durch Vertreter der beiden Parteien gewählt werden sollten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Es wurde beschlossen, daß zur Aufhebung der Extrarückführung für die Arbeitslosen jedes Mitglied mindestens eine Karte zu einer Karte zu haben habe. Die Extrarückführung soll nicht, wie beschlüsselt, ausschließlich zur Auszahlung kommen, sondern jedes arbeitslose Mitglied soll mindestens 25 Mark erhalten. Die Nebenleistung von 200 Mark an den „Graphischen Block“ wurde gegen 5 Stimmen gut geheißen und dem Kassierer Entlassung erteilt. Die Entschädigung für Vertrauensleute soll um das Doppelte erhöht werden.

Die vorgelagerten parlamentarischen Bestimmungen über die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung wurden nach kurzer Debatte angenommen.

Lohnbewegung in der Lieferungsbranche.

Für die Angehörigen der Lieferungsbranche bei der Post, Eisenbahn, Polizei usw. war vom Schlichterverband für Dienstag eine Versammlung einberufen. In der Lehmann einen Bericht über Verhandlungen mit dem Reichsbahnverband und über Verhandlungen mit dem Reichsverband der Uniformlieferanten über Schaffung eines Provisoriums bis zum Abschluß eines Reichstarifs. Von Seiten der Vertreter der Arbeitnehmer sei eine Forderung von 10 Prozent und Forderung der Futaten gefordert worden. Der Vorsitz des Arbeitgeberverbandes habe diesen Forderungen den Arbeitgebern überhaupt nicht unterbreitet, sondern mitgeteilt, daß eine Zulage von 10 Prozent gewährt werden könne. Mit den heutigen Löhnen sei nicht anzunehmen und es könne ruhig behauptet werden, daß die Lieferungsbranche eine der am schlechtesten bezahlten Arbeiterkategorien wäre. In den Betrieben sei mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Unternehmer sich zu Verhandlungen beunehmen. Winge es nicht in Frieden, dann sollen durch Stilllegung der Betriebe die Forderungen erlöst werden. Die Lohnbewegung der Schneiderei müsse mit der der Schneider aus der Lieferungsbranche zusammengefaßt werden. Schneider und Aufwinder sollten Schulter an Schulter für ihre Forderungen kämpfen.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Arbeitnehmer sich entschließen müßten, für ihre Forderungen - Freizügung eines Forderungenminimums - einzustreiten. Einstimmig wurde der Verband beauftragt, mit den zuständigen Arbeitgebern in Unterhandlungen zu treten und unter Umständen ein Ultimatum zu stellen. Erfordert sollen werden: 100 Prozent Zulage und Lieferung der Futaten.

Hausangestellte heraus!

Verstrebene bürgerliche Mütter haben jetzt ein besonderes Interesse, Unmündigkeiten zwischen Hausfrauen und Hausangestellten zu bringen. Die Hausangestellten sind nicht länger gewillt, solche Geheer zu leisten bürgerliche Kreise ruhig hinzunehmen, sie werden deshalb am Donnerstag, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr in einer öffentlichen Versammlung im „Schwarzen Adler“ in Schöneberg, Hauptstraße 114, dazu Stellung nehmen. Den Vortrag hat die Abgeordnete der Preussischen Nationalversammlung Frau Luise Käbler übernommen.

Wir bitten alle Kreise, die mit Hausangestellten zusammenkommen, sie auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Bitte bitten wir, darauf zu verweisen, daß auch die Hausangestellten unbedingt Mitglied ihrer gewerkschaftlichen Organisation, des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands, werden müssen.

Anmeldungen können Engelster 19 part. erfolgen.

H. E. O. Brunnenstraße. Diejenigen Kollegen, die als Streikende oder Ausgelassene im Hof von Vorsch a. Quistenstr. 23, eingetragene sind, müssen am Donnerstag nachmittags 2 Uhr in demselben Lokal ihr rettendes Streikgeld abholen. Spätere Anforderungen an, Seite 2 können unberücksichtigt.

Akademische Freiheit.

Die deutschen Universitäten sind trotz der Revolution noch immer die Heimstätten eines ablehnen Nationalismus. Damit ist verbunden eine fast ängstliche Bekämpfung der Studentenschaft vornehmlich der Auffklärung und Bekämpfung. Es wird uns aus Göttingen berichtet, daß den dortigen politischen Studentengruppen - Sozialisten, Demokraten, Deutschnationalen usw. - keine Hörer zur Verfügung gestellt werden. Die Ablehnung wurde der politischen Studentengruppe gegenüber damit begründet, daß man nicht die Verantwortung übernehmen könne, wenn in den Namen der Universität bolschewistische Agitation getrieben werde. Zur Gründungsversammlung der sozialistischen Studentengruppe hatte man ausnahmsweise unter einschränkenden Klauseln einen Raum bewilligt. In dieser Versammlung hat das schreckliche Wort von der „Hochachtung vor dem Volkseigentum“ ertönt. Deshalb die spätere Ablehnung.

Über dem „Bund zur Erhebung des nationalen Gedankens“ haben alle Räume der Göttinger Universität offen. Dieser Bund nennt sich zwar „unpolitisch“, treibt aber ausgesprochene Parteipolitik. Ihm stehen nicht nur die Hörsäle zur Verfügung, sondern auch der Marktplatz für seine Veranstaltungen wird ihm im Seminargebäude ermöglicht. Neulich sind die Zustände im Leipziger Universität, wo ebenfalls der sozialistischen Studentengruppe die Vergabe von Räumlichkeiten verweigert wird.

Stellt man zu diesen Beweisen einer Keinschön, reaktionären Auffassung den bekannten Fall des Studenten Lemmer, der auf dem Parteitag der Demokraten interessante Mitteilungen über die Vorlesungen des Altschulischen Professors Träger machte und der deshalb von der Marburger Universität relegiert wurde, so haben wir ein erschütterndes Bild von der akademischen Freiheit an den republikanischen Universitäten. Es ist höchste Zeit, daß auf unseren Universitäten, die heute noch durch die Reaktion sind, ein freierer Luftzug weht, der sie wirklich zu Säulen des fortschreitenden, ringenden Reiches macht. Hier gibt Arbeit in Hülle und Fülle, Herr Reich!

Beschlüsse der Arbeitskonferenz in Washington.

Es wurde verhandelt: Ausdehnung der Beschränkung der Handarbeit auf Indien, Abänderung der Berner Konvention betreffend Nacharbeit der Frauen. Berner wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß die deutsche Delegation mit Rücksicht auf die bevorstehende Beendigung der Arbeitskonferenz ihre Abreise nach Washington für nutzlos hält.

Der Antrag auf Abänderung der Berner Konvention von 1906 betreffend Nacharbeit der Frauen wurde mit den folgenden Veränderungen verabschiedet. Nacharbeit in der Handarbeit soll für alle Frauen, außer für die in der Heimarbeit beschäftigten, verboten sein. Der Ausschuss vertrat den Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Desorganisation in der Industrie es angemessen sein würde, das bisherige Verfahren (Verbot der Arbeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) abzuändern. Valdesi (Italien) beantragte die Frauennacharbeit von 10 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens zu verbieten. Dieser Antrag wurde von Norwegens Vertretern, die erklärten, daß Norwegen bereits die Nacharbeit von 8 bis 6 Uhr im allgemeinen verbiete, und von den Vertretern Argentinens und Spaniens, die ähnliches berichten, unterstützt.

Guerin (Frankreich) beantragte im Namen der Arbeiter mit Rücksicht auf die durch den Achttundentag erforderlichen zwei Schichten, die Arbeitszeit der Frauen von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr nachts oder von 8 Uhr bis 11 Uhr mit einer Stunde Pause dazwischen festzusetzen. Dieser Antrag wurde von Frau Gant (Belgien) und dem französischen Regierungsgesandten unterstützt. Letzterer erklärte, der Antrag Valdesi würde entweder einen 7 1/2 Stunden Tag oder acht Stunden ununterbrochene Arbeit, da nur eine Arbeitszeit von 16 Stunden für zwei Schichten zur Verfügung stehe. Schließlich wurde der Antrag Valdesi mit 48 zu 24 und der Antrag Guerin mit 24 zu 18 Stimmen abgelehnt und der Ausschussantrag einstimmig angenommen.

Das Problem des 8-Stundentages und der 48-Stundenwoche wurde durch einen Sonderausschuss nach einer außerordentlich lebhaften Diskussion von zwei Wochen gelöst. Das Übereinkommen betraf die Arbeiternehmer, deren Ansehen auf den 8-Stundentag und die 48-Stundenwoche es anerkannt, ebenso wie die Arbeitgeber, da es genügt die Möglichkeit besteht, um den Anforderungen besonderer Betriebe Rechnung zu tragen. Die Diskussion drehte sich besonders um das Verlangen der Arbeiter, daß sowohl das Prinzip des 8-Stundentages wie auch das Prinzip der 48-Stundenwoche anerkannt werden solle. Man einigte sich darauf, daß ausgefallene Arbeitstagen zwar an anderen Tagen nachgeholt werden dürfen, an einem Tag aber nicht mehr als 9 Stunden gearbeitet werden soll. In zusammenhängenden Betrieben soll der Durchschnitt von 48 Stunden die Woche wenigstens auf eine Periode von drei Wochen verteilt eingehalten werden. Die Betriebe, in denen eine Ausnahme von dem Grundsatz des 8-Stundentages gemacht werden darf, sollen durch besondere Vereinbarungen bestimmt werden. Auch die Anzahl der Überstunden wurde später in Vereinbarung verhandelt, da die Ansichten darüber zu weit auseinander gingen. Als Vergütung für Überstunden wurde beschlossen, daß 1 1/2 des gewöhnlichen Stundenlohnes festgelegt. Der Grundtag des 8-Stundentages und der 48-Stundenwoche soll auch auf fernmännliche Arbeit angewandt, die Eingetragenen durch eine Sonderkonferenz festgelegt werden.

Das ständige Bureau der Arbeitskonferenz.

H. N. Washington, 26. November. Die internationale Arbeitskonferenz beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Zusammenfassung des ständigen Bureaus. Es wurde beschlossen, daß dieses Bureau aus 24 Mitgliedern bestehen soll. Von diesen 24 werden 12 durch die Regierung ernannt, und zwar zum erstenmal durch Belgien, Frankreich, England, Italien, Japan, Deutschland, die Schweiz, Argentinien, Kanada und Polen. Für die Vereinigten Staaten soll vorläufig Dänemark ein Mitglied ernennen. Die Mitglieder des ständigen Bureaus, die von den Arbeitgebern ernannt werden sollen, kommen aus Frankreich, England, Deutschland, Schweden und Kanada. Der kanadische Vertreter ist solange Mitglied des ständigen

Das ständige Bureau der Arbeitskonferenz. H. N. Washington, 26. November. Die internationale Arbeitskonferenz beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Zusammenfassung des ständigen Bureaus. Es wurde beschlossen, daß dieses Bureau aus 24 Mitgliedern bestehen soll. Von diesen 24 werden 12 durch die Regierung ernannt, und zwar zum erstenmal durch Belgien, Frankreich, England, Italien, Japan, Deutschland, die Schweiz, Argentinien, Kanada und Polen. Für die Vereinigten Staaten soll vorläufig Dänemark ein Mitglied ernennen. Die Mitglieder des ständigen Bureaus, die von den Arbeitgebern ernannt werden sollen, kommen aus Frankreich, England, Deutschland, Schweden und Kanada. Der kanadische Vertreter ist solange Mitglied des ständigen

Das ständige Bureau der Arbeitskonferenz.

H. N. Washington, 26. November. Die internationale Arbeitskonferenz beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Zusammenfassung des ständigen Bureaus. Es wurde beschlossen, daß dieses Bureau aus 24 Mitgliedern bestehen soll. Von diesen 24 werden 12 durch die Regierung ernannt, und zwar zum erstenmal durch Belgien, Frankreich, England, Italien, Japan, Deutschland, die Schweiz, Argentinien, Kanada und Polen. Für die Vereinigten Staaten soll vorläufig Dänemark ein Mitglied ernennen. Die Mitglieder des ständigen Bureaus, die von den Arbeitgebern ernannt werden sollen, kommen aus Frankreich, England, Deutschland, Schweden und Kanada. Der kanadische Vertreter ist solange Mitglied des ständigen

